

Standpunkt

Diskussionsimpulse und Konzepte des Landesbüros Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung

Gute Sozialpolitik nutzt allen Bürgerinnen und Bürgern

Eine neue Sozialpolitik für Hessen¹

Nicole Nestler

AUF DEN PUNKT GEBRACHT

Von den Leistungen eines funktionierenden Sozialstaates profitieren alle Bürgerinnen und Bürger: Soziale Infrastruktur vom Krippenplatz bis zur Altenpflege sowie Hilfsangebote in besonderen Lebenslagen stehen allen zur Verfügung und schaffen Sicherheit für jede und jeden Einzelnen und das Gemeinwesen. Das Land Hessen hat sich jedoch seit dem Jahr 2000 sowohl in der Finanzierung als auch in der Steuerung der sozialen Infrastruktur zurückgezogen, weshalb es heute in Hessen kein flächendeckendes und einheitliches Netz von Hilfsangeboten und Beratungssystemen mehr gibt. Gebraucht wird deshalb dringend ein Neustart in der Sozialpolitik. Hierfür ist eine neue Verantwortungsübernahme des Landes nötig. Eine neue Landessozialpolitik erfordert neben einer hinreichenden und verlässlichen Finanzierung eine umfassende und kontinuierliche Ermittlung des Bedarfes. Zudem muss wieder eine enge Zusammenarbeit und ein vertrauensvoller Dialog mit den beteiligten Trägern und Akteuren aufgebaut werden.

Ungleichheit schwächt unsere Gesellschaft und Demokratie

Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich auch in Deutschland immer weiter geöffnet². Die Vermögensverteilung ist deutlich ungleicher geworden. Die unteren zehn Prozent der Bevölkerung sind verschuldet. Der breite Mittelbereich hat kaum Zuwächse erfahren. Dagegen konnten die oberen zehn Prozent der Bevölkerung überdurchschnittliche Vermögenszuwächse erreichen³. Das zunehmende Auseinanderdriften der Gesellschaft und der Abbau des Sozialstaates werden inzwischen von vielen Bürgerinnen und Bürgern mit Sorge betrachtet. Kinderarmut, Jugendarbeitslosigkeit, Armut im Alter, Ausweitung des Niedriglohnssektors, aber auch eine mangelnde Gesundheitsversorgung auf dem Land werden von vielen als drängende Probleme empfunden, die es zu lösen gilt.

Inzwischen ist vielfach belegt, dass nicht das durchschnittliche Wohlstandsniveau der ausschlaggebende Faktor für eine wirtschaftlich erfolgreiche und sozial funktionstüchtige Gesellschaft ist, sondern die Einkommensverteilung. Zu große Ungleichheit schwächt eine ganze Gesellschaft – wirkt sich also nicht nur negativ auf die Armen, sondern auf alle sozialen Schichten aus⁴. Lebenserwartung, Gesundheit und Bildungschancen stehen im

1 Der Text basiert auf den Ergebnissen des Abschlussberichtes der Sozialpolitischen Kommission der Friedrich-Ebert-Stiftung Hessen, in welcher Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis umfassende Ansätze für eine neue hessische Sozialpolitik erarbeitet haben. www.fes.de/hessen/arbeitspapiere

2 Statistisches Bundesamt, Datenreport 2011: Der Sozialbericht für Deutschland, Kapitel 6 Private Haushalte – Einkommen, Ausgaben, Ausstattung. S. 162.

3 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin): Nr. 4/2009

4 Z. B. Richard Wilkinson/Kate Pickett (2009): The Spirit Level: Why More Equal Societies Almost Always Do Better, London.

eindeutigen Zusammenhang mit sozialer Stellung. Driften Arm und Reich immer weiter auseinander, wirkt sich dies zum einen auch ökonomisch auf die gesamte Gesellschaft aus, kann aber auch unsere Demokratie in ihren Grundfesten erschüttern. Wenn sich ein wachsender Anteil der Bevölkerung „abgehängt“ fühlt und das Vertrauen verliert in die Demokratie und die Fähigkeit der Politik Probleme zu lösen, birgt dies nicht nur die Gefahr des Zulaufs für radikale und polemische Parteien, es geht auch wichtiges bürgerschaftliches Engagement und Potenzial verloren.

Von zielgerichteter Sozialpolitik profitieren alle Bürgerinnen und Bürger

Ein funktionierender und ausgleichender Sozialstaat und eine entsprechende Sozialpolitik nutzen nicht nur den jeweils unmittelbar Betroffenen, sondern haben für die ganze Gesellschaft eine stabilisierende Funktion. Sozialstaatliche Einrichtungen und Strukturen dienen der Herstellung sozialer Gerechtigkeit und dem Erhalt des sozialen Zusammenhaltes in unserer Gesellschaft als ganzer.

Heute werden viele soziale Aufgaben des Staates oftmals als vermeintlich „freiwillige Leistungen gegenüber Bedürftigen“ betrachtet, auf welche auch verzichtet werden könnte. Diese Sichtweise verkennt jedoch zwei zentrale Dinge:

- 1) Die Absicherung von Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter- und Pflegebedürftigkeit stellen einen Rechtsanspruch für jedes Mitglied dieser Gesellschaft dar.
- 2) Von einer an den Bedürfnissen und Erfordernissen der Menschen orientierten sozialen Infrastruktur profitiert das gesamte Gemeinwesen.

Der Sozialstaat stellt notwendige öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung und sozialstaatliche Einrichtungen verhindern Armut, helfen in Notlagen und bieten Schutz und Unterstützung. Unser Sozialstaat stellt zahlreiche schicht- und statusunabhängige Leistungen für alle Bürgerinnen und Bürger bereit: Krankenhäuser, Prävention und Gesundheitsvorsorge, Altenhilfe und Pflege, Kinderbetreuung und Jugendhilfe, Schul- und Universitätssysteme, Gemeinwesenbedarf in Quartieren und vieles mehr. Auch sozialer Wohnungsbau, Verkehrsinfrastruktur und vielfältige öffentliche Einrichtungen haben eine gesellschaftlich ausgleichende Wirkung. Die Daseinsvorsorge des Staates garantiert ein menschenwürdiges Leben für alle Bürgerinnen und Bürger, mindert Risiken und erfüllt Bedürfnisse, die der einzelne nicht oder nicht

ohne weiteres selbst sicherstellen könnte. Daseinsvorsorge beinhaltet daher nicht nur Dinge wie beispielsweise Straßen oder Müllentsorgung, sondern gerade auch soziale Infrastruktur.

Ist dem Staat die ausreichende Finanzierung in diesen öffentlichen Bereichen nicht mehr möglich oder zieht er sich zurück und verweist auf die individuelle Verantwortung und Vorsorge, so spüren alle Mitglieder unserer Gesellschaft die negativen Konsequenzen. Mit Abstand am härtesten trifft es jedoch immer diejenigen, welche auf diese öffentliche Infrastruktur am meisten angewiesen sind. Verdeutlichen lässt sich dies beispielhaft am Mangel an Krippenplätzen: Von einer ausreichenden Anzahl an Betreuungsplätzen würden alle Eltern und alle Kinder unabhängig von Einkommen und Status profitieren. Ein Mangel jedoch trifft z. B. alleinerziehende Frauen im unteren und mittleren Gehaltsniveau besonders hart. Die mangelnde Betreuungssituation gefährdet in diesen Fällen den beruflichen Wiedereinstieg und damit den Einkommenserwerb. Die Folge ist die Notwendigkeit zum Bezug von Transferleistungen, was den Sozialstaat und damit alle Mitglieder dieser Gesellschaft teuer zu stehen kommt.

Zukunftsfähige Sozialpolitik – verlässlich und ausreichend finanziert

Eine funktionierende und unterstützende soziale Infrastruktur braucht stabile, auf Dauer angelegte Einrichtungen und eine ausreichende und solide Grundfinanzierung. Nur so kann qualifiziertes Personal gewonnen und gehalten sowie Fachkompetenz entwickelt werden. Gerade soziale Einrichtungen benötigen für ihre Arbeit eine durch Dauerhaftigkeit und Verlässlichkeit erreichte Akzeptanz bei den Zielgruppen: in Kinder- und Jugendeinrichtungen oder in der Altenbetreuung oder -pflege, aber auch bei Beratungseinrichtungen, welche Menschen gerade in schwierigen oder neuen persönlichen Situationen aufsuchen. Gebraucht werden verlässliche und qualifizierte Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen, zu denen ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden kann und Orte, an denen Austausch und Miteinander möglich ist. Im Mittelpunkt muss immer der Mensch stehen.

Eine solche soziale Infrastruktur gibt es nicht ohne ausreichende Mittel. Die Frage, zu welchem Preis eine Leistung angeboten wird, ist gerade auch im Sozialbereich zur entscheidenden Frage geworden. Der Mensch und seine Bedürfnisse treten immer mehr in den Hintergrund. Gerade im Bereich der Alten- und Krankenpflege herrscht inzwischen ein erheblicher

Druck auf die Leistungserbringer. Ohne Frage ist auch bei sozialen Diensten wirtschaftliches Handeln notwendig. Reine Marktbedingungen sind jedoch in diesem Bereich kontraproduktiv. Hier ist es an der Politik, eine Ordnung zu schaffen, die einen Dumpingwettbewerb ausschließt und zugleich den Anspruch an eine hohe Qualität der erbrachten Leistungen gewährleistet.

Die entscheidende Frage lautet nicht: Können wir uns das leisten? Sie muss lauten: Was brauchen wir? Was braucht unsere Gesellschaft und was jedes einzelne Mitglied? Was ist dazu nötig, sind wir bereit, diesen Preis zu zahlen und was sind die Konsequenzen, wenn wir darauf verzichten? Gerade in dem zentralen Bereich der Sozialpolitik darf sich der Staat nicht mit dem Verweis auf leere öffentliche Kassen und Haushaltskonsolidierungen zurückziehen und die Konsequenzen jedem und jeder Einzelnen überlassen. Bund, Länder und Gemeinden müssen hier ihrer Verantwortung gerecht werden und ihren Aufgaben nachkommen.

Wie in anderen Bundesländern, hat sich auch eine große Mehrheit der hessischen Wählerinnen und Wähler dafür ausgesprochen, die Hessische Verfassung um eine so genannte „Schuldenbremse“ zu ergänzen. Die Verfassungsänderung macht angesichts des strukturellen Defizits des Hessischen Landeshaushaltes aber auch deutlich, dass die Finanzierung der als notwendig erkannten Aufgaben durch eine angemessene Einnahmestaltung, gegebenenfalls auch durch entsprechende Initiativen auf der bundesstaatlichen Ebene, sicherzustellen ist. Sowohl das Land als auch die freien und die kommunalen Träger sozialer Arbeit brauchen eine ausreichende und dauerhafte Finanzausstattung, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Eine kurzfristige und kurzfristige Zerstörung sozialer Strukturen durch missverständliche Sparfordernisse ist weder sozial hinnehmbar noch ökonomisch vertretbar.

Zukunftsfähige Sozialpolitik – respektvoll und teilhabeorientiert

Der Sozialstaat darf nicht bevormunden, sondern muss aktive Mitgestaltung und die Fähigkeit, sich selbst zu helfen fördern. Wenn Menschen sich jedoch nicht selbst helfen können, muss die Gesellschaft helfen. Umso mehr jemand auf die Leistungen des Sozialstaates angewiesen ist, umso mehr ist die eigene Wertschätzung oftmals ohnehin gefährdet. Deshalb muss der respektierende, wertschätzende Umgang mit den Empfängerinnen und Empfängern sozialer

Hilfen und Leistungen immer oberste Priorität haben. Sozialpolitik muss stets an den Bedürfnissen der Betroffenen und nicht an denen der Institutionen orientiert sein. Menschen müssen in den sie betreffenden Fragen mitreden und mitentscheiden können. Dies gilt gerade für diejenigen in unserer Gesellschaft, die es schwer haben, ihre Interessen durchzusetzen. Unterstützung geben und Selbstbestimmung fördern und erhalten sind dabei kein Widerspruch, sondern zwei Seiten einer Medaille.

Die Akzeptanz der Vielfalt unserer Gesellschaft und das Einbeziehen unterschiedlicher Bedürfnisse sind wesentliche Merkmale respektvoller und teilhabeorientierter Sozialpolitik. Es gilt sowohl gemeinsame gesamtgesellschaftliche wie individuelle Bedürfnisse anzuerkennen und zu berücksichtigen. Dazu gehören auch solche, für deren Befriedigung die Bereitstellung spezieller Mittel und Methoden notwendig bzw. sinnvoll sein kann. Unser Leitbild muss es sein, unsere Gesellschaft für alle Menschen zu einem anregenden und angenehmen, fördernden und herausfordernden Umfeld zumachen. Die aktive und gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben muss unabhängig von sozialem Status, Geschlecht, Herkunft und kulturellem Hintergrund oder einer Behinderung möglich sein. Daher gilt es ausgrenzende Strukturen zu beseitigen und vor allem bei der Ausgestaltung sozialer Einrichtungen kultursensibel vorzugehen und Barrierefreiheit in all ihren Facetten zu verwirklichen.

Zukunftsfähige Sozialpolitik – bedarfsorientiert und regional

„Vor Ort“, in der Kommune, im Stadtviertel oder im Dorf werden die Auswirkungen politischer Entscheidungen spürbar. Wir brauchen deshalb auch bei Kompetenzen und Zuständigkeiten eine Rückbesinnung auf die Länder und Kommunen. Sozialpolitik muss dort ansetzen, wo Bürgerinnen und Bürger leben und die Probleme zu Tage treten - auf der Ebene der kleinteiligen Stadtquartiere oder ländlichen Orte bzw. Ortsteile. Denn es ist die konkrete physische Umwelt, die Wohn-, Arbeits- und Freizeitbedingungen – welche den Unterschied ausmachen. Schwierige bauliche Wohnverhältnisse ohne kinder- und jugendgerechte Freiräume, Lärmbelastung und Spannungen im sozialen Umfeld sind Belastungen, die sich bis hinein in die Familien auswirken. Angesichts der räumlich ungleich verteilten Chancen ist eine bürgernahe und bedarfsgerechte Quartiers- und Sozialraumpolitik unerlässlich und kommt allen Mitgliedern dieser Gesellschaft zu Gute. Eine bewusste Sozialraumgestal-

tung – wie im Konzept der „Sozialen Stadt“ – kombiniert mit einer aktiven Wohnungspolitik in den Städten ist nicht nur notwendig, sondern auch besonders erfolgsversprechend⁵. Die Bewohnerinnen und Bewohner des ländlichen Raumes haben mit ganz anderen Anforderungen und Problemen zu kämpfen. Auch hier braucht es am Bedarf orientierte und zwischen Sozialpolitik und Regionalentwicklung abgestimmte Lösungsansätze.

Auch in der Arbeitsmarktpolitik wäre eine stärkere Differenzierung, Dezentralisierung und Lokalisierung sinnvoll. Die vorherrschende zentral gesteuerte Organisation ist den vielfältigen lokalen und regionalen Problemen nicht mehr angemessen. Unterschiedliche Zuständigkeiten für Arbeitsmarktpolitik, berufliche Aus- und Weiterbildung, Schulpolitik und Integration erschweren Koordination und Abstimmung zusätzlich.

Landespolitik muss dafür Sorge tragen, dass dabei die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen gewährleistet wird und ggf. steuernd eingreifen. Es müssen Mindestqualitätsstandards festgelegt und überprüft werden. Das Land koordiniert, steuert und unterstützt die sozialen Dienste kommunaler und freier Träger, es ist nicht lediglich Finanzier sozialer Aufgaben.

Zukunftsfähige Sozialpolitik – vorausschauend und nachhaltig

Zukunftsfähige Sozialpolitik versucht nicht im nachhinein zu reparieren, sondern ist vorausschauend und nachhaltig. Eine solche präventive Politik schafft gute und gesunde Lebensverhältnisse für alle Bürgerinnen und Bürger. Zum Beispiel in der Gesundheitspolitik zeigt sich deutlich: Gesundheit wird auch von sozialen Umweltbedingungen bestimmt. Heutige Investitionen in Bildung und soziale Infrastruktur, sind daher wichtige Investitionen in die Zukunft. Ziel einer guten Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik auf Landesebene muss es deshalb sein, vor allem Kindern ein gutes Aufwachsen durch soziale Anerkennung und Integration, hinreichende materielle Ressourcen, soziale Fürsorge und Bildung zu ermöglichen.

Gerade gute Bildung und Erziehung sind der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben, für Teilhabe, eine zufriedenstellende Arbeit mit humanen und fairen

Arbeitsbedingungen und existenzsicherndem Einkommen. Deshalb ist es Aufgabe des Landes, ein leistungsfähiges Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungssystem zur Verfügung zu stellen, das elternteilbedingte Unterschiede ausgleicht und allen Kindern und Jugendlichen einen gelungenen Start ins Leben ermöglicht. Dies ist nicht nur eine Frage der Menschlichkeit, sondern dient unter präventiven Gesichtspunkten auch der Verhinderung von späterer Armut und Arbeitslosigkeit. Dies kommt dem Individuum zu Gute, bedeutet aber auch eine geringere Belastung der Sozialkassen und hat so einen nicht unerheblichen gesamtgesellschaftlichen Mehrwert.

Für eine neue Sozialpolitik in Hessen

Ein modernes Hessen braucht einen leistungsfähigen Sozialstaat. Ein solcher zeigt Perspektiven auf, unterstützt und gibt Hoffnung nicht nur in schwierigen Lebenslagen. Von einer zukunftsfähigen Sozialpolitik profitieren alle Bürgerinnen und Bürger und die Gesellschaft als Ganzes. Eine Landessozialpolitik muss sich deshalb an den skizzierten Merkmalen orientieren:

- Prävention,
- Ausreichende Finanzierung und verlässliche Strukturen,
- Teilhabeorientierung und respektvoller Umgang,
- Bedarfsorientierte Vorgehensweise und regionale Kompetenzen.

Grundlage einer solchen Sozialpolitik muss eine umfassende und vor allem kontinuierliche Sozialberichterstattung sein, welche einerseits den Bedarf ermittelt und bei der Verwendung der Mittel an der richtigen Stelle andererseits die Wirkungen sozialer Arbeit aufzeigt. Zudem müssen die Aktivitäten der Kommunen und der freien Träger abgestimmt erfolgen und Dialog und Zusammenarbeit im Sinne integrierter Angebote und Hilfen aus einer Hand wieder gefördert werden. Dafür ist ein grundsätzlicher Politikwechsel unumgänglich.

Die Autorin **Nicole Nestler** ist Politologin, arbeitet seit 2003 für die Friedrich-Ebert-Stiftung und leitet seit 2007 das Landesbüro Hessen.

⁵ Vgl. hierzu Heiner Brülle (2012): „Eine soziale Spaltung der Städte droht! Anforderungen an eine sozialraumsensible Landespolitik.“ Standpunkt Nr. 3 der FES Hessen.